



SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT
IN ÖSTERREICH

WIEN III, 4. Juli 1961.

Prinz Eugen-Strasse 7
Telephon Nr. 72 51 11-15

Ref.:

vF/sy

Lettre politique

Vertraulich

Herrn Minister Robert K o h l i
Generalsekretär des
Eidgenössischen Politischen Departements
B e r n

Die Südtirol-Frage nach
dem Zürcher Treffen.

Herr Minister,

Die österreichische Regierung ist besorgt und un-
schlüssig vom Zürcher Treffen mit der italienischen Delega-
tion zur Lösung der Südtirol-Frage nach Wien zurückgekehrt.
Von berufener Stelle höre ich folgendes darüber.

Wären die Italiener den Oesterreichern nur ein wenig
mehr entgegengekommen, so hätten sich diese letzteren die
grösste Mühe gegeben, um zu einer Verständigung zu gelangen.
Was aber von römischer Seite angeboten worden war, war so
enttäuschend mager, dass es der Oeffentlichkeit in Oesterreich
niemals hätte bekanntgegeben werden können. So wurden lediglich
Verwaltungsdelegationen offeriert, deren Kontrolle aber bei den
italienischen Behörden blieb. Es habe der italienischen Delega-
tion nicht die Zeit gefehlt, ihre Vorschläge zu entwickeln.
Die vorbereitende Konferenz habe hierzu volle Möglichkeit ge-
geben.

Dass die Begegnung in einen psychologisch ungünstigen
Moment fiel, ist sicher und hat die Verständigungsmöglichkeit

....

Dodis



nicht gehoben. Oesterreich hat aber immer wieder darauf hingewiesen, dass es kein Mittel in der Hand habe, die vorgefallenen terroristischen Anschläge zu unterbinden. Es hat keine Kontrolle über diese Bewegung, die offenbar ihren Ursprung in Ueberbleibseln ehemaliger Naziorganisationen (Brandenburger-Kompanie?) hat. Was sich jene Bewegung erhofft, weiss niemand ganz genau.

Grosse Schwierigkeiten hat die österreichische Regierung nun mit den einheimischen Politikern im Tirol. Aber auch diese geben sich nun langsam Rechenschaft, dass ihnen die Kontrolle über die Angelegenheit zum Teil entgleitet. Dass die gemässigten Elemente im Südtirol die Terrorakte nicht gerne sehen, die ihnen die willkommenen Touristen verscheuchen und den normalen Verlauf der Wirtschaft stören, ist sicher.

Was nun getan werden soll, ist noch unklar. In Wien hofft man, dass Rom von sich aus und stille eine Reihe von Reformen im Südtirol realisiert, die es dann der österreichischen Regierung und den Südtirolern selbst eventuell erlauben würden, sich einigermaßen als befriedigt auszugeben. Für eine solche Haltung von Seiten Roms fehlen aber heute noch jegliche Anhaltspunkte.

Andererseits ist es für Oesterreich sehr schwer, wieder an die UNO zu gelangen. Das Land ist wegen der NATO-Zugehörigkeit Italiens ziemlich isoliert. Es hält es aber auch für unter seiner Würde, die Mitarbeit unterentwickelter oder europafremder Länder zur Regelung dieser Angelegenheit zwischen alten Nachbarn in Anspruch zu nehmen. Auch fiele eine Besprechung der Südtirol-Frage in den Verhandlungen des nächsten Herbstes, wo wahrscheinlich die Berlin-Frage wieder auftauchen wird, in eine psychologisch ungünstige Atmosphäre. Eine Entscheidung über die zukünftige Haltung Wiens in dieser Frage ist noch nicht getroffen.

Vom neuen deutschen Botschafter höre ich, dass er den strikten Auftrag seiner Regierung erhalten hat, sich in keiner Weise in die Südtirol-Frage einzumischen.

Ich versichere Sie, Herr Minister, meiner vorzüglichen Hochachtung.

Der Schweizerische Botschafter
in Oesterreich:

B. v. Tschudi